

Montenegro, Bosnien und die Herzegowina.



Die mutigen Montenegriner.

Bosnien und die Herzegowina einerseits und Montenegro andererseits haben neben der flammesverwandten Bevölkerung das Gemeinsame, daß die Türkei hier ein Weltfriede zu haben glaubt, das kleine Fürstentum Montenegro aber, wie es in der Landesgeschichte heißt, Dragagora, hat jedoch niemals die Herrschaft der Türken anerkannt, hat es vielmehr immer verstanden, sich seine Unabhängigkeit zu erhalten.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 23. November.

Die Gehaltswünsche der Postbeamten.

Die mittleren Postbeamten.

Der Bezirksverband Halle mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten hatte am Sonntag nachmittag einen außerordentlichen Bezirksrat in den Sälen der Lage „zu den fünf Türmen“ einberufen, um Stellung zu den dem Reichstage zugegangenen Gehaltsangelegenheiten zu nehmen.

Affizientenklasse

zu sprechen. Diese ist, führte der Referent aus, in Anbetracht dieses Bildungsgrades und ihrer Leistungen im Vergleich zu den gleiches Beamten in Preußen, besonders zu den Eisenbahnern, sehr hohen Gehältern gerecht. Wir verlangen eine unserer Stellung entsprechende Gehaltserschöpfung, 1800 Mk. Anfangsgehalt, 2600 Mk. Endgehalt. Dies ist die bittere Not. Da hat die Selbstbehauptung ein Ende. Schuld an unserer Not ist die launische Politik des Deutschen Reiches.

troffen werden, wie sie einer zu gewärtigenden Beschickung voranzugehen pflegen. Diese Momente berechtigen zur Frage, wie lange sich Oesterreich eine derartige Situation gefallen lassen könnte. Vor allem erfordert der Umstand Aufklärung, wie Montenegro in die Lage verwickelt worden ist, überhaupt zu wagen, die schweren Kalibern zu demonstrieren zu verwenden zu können.

Daß Montenegro sie aus eigenen Mitteln angeschafft habe, ist völlig ausgeschlossen. — In militärischen Kreisen spricht man auch ganz offen davon, daß diese vierzehn Geschütze, gleich den sechs anderen, nur von den freundschaftlichen Beziehungen des italienischen Schwiegersohnes zum montenegrinischen Schwiegerpapas Zeugnis ablegen. In militärischen Kreisen wird, wie die „S. Z.“ berichtet, überhaupt eine Reihe von Umständen lobhaft erörtert, die bescheidenenweise von der Presse nur mit großer Vorsicht aber gar nicht berührt werden.

antennensoldung zu brechen. (Stürmisches Bravo und langandauerndes Händeklatschen.)

Auch der folgende Redner, Herr Poststr. Engelmann, der über

Reträire und Oberretreäre

sprach, mußte von dem Verdruß zu reden, den seine Kameraden über die ihnen durch die Beamtenbedienstungsgehe gemordene unerbittliche Kränkung empfunden. Seit 18 Jahren sind sie nicht aufgebessert worden. Jetzt sollen sie 1800 Mk. Anfangs- und 4000 Mk. Endgehalt beziehen. Dieser Gehaltsanstieg sinkt aber gegen den erzielbaren den preis. Reträire um 2-300 Mk. nach. Die Stellenzulagen sind vom Uebel. Statt dessen ist eine allgemeine Aufbesserung des Gehalts in ansehnlichem Maße zu erstreben. — Auch diesem Redner ward langanhaltender Beifall.

Der dritte Redner, Telegr.-Schr. Altermann bemängelte bei Besprechung der geplanten

Regelung des Wohnungsgeldzuschusses

vor allem, daß das der Klassen-einteilung zugrunde liegende Material nicht ein Bild der tatsächlichen Verhältnisse ergeben hätte. Solange nur die wirklich geübten Mietpreise und nicht der Preis für eine angemessene Wohnung ermittelt würde, wären gerade die teueren Orte benachteiligt. Auch die Berücksichtigung der Lebensmittelpreise und Steuerverhältnisse sei nicht nur dringend erforderlich, sondern auch durchführbar. Ebenso sei die Zahl der Ortsteile unzureichend. Die nächste Revision der Klassen-einteilung dürfe deshalb nicht erst in 10 Jahren, wie die verschiedenen Regierungen es vorschlagen, stattfinden, sondern müsse in spätestens fünf Jahren vorgenommen werden.

Aufhebung des Steuerprivilegs

etwa folgendes: Die Gründe, die in neuester Zeit zur Schaffung des Vorrechts führten, bestehen zum Teil heute noch. Der Beamte ist in seiner großen Mehrheit noch immer der wirtschaftlich Schwache, der der Steuer bedarf. Er kann seinen Wohnsitz nicht frei wählen, sein Einkommen läßt sich bis auf den Fennig genau feststellen, bei den selbständigen Gewerbetreibenden mit Einkommen unter

3000 Mk. sei dies nicht der Fall. Redner hält dann den vorliegenden Gelegenheitswurf für die unbilligste Lösung der Frage; sie entspricht weder den Wünschen der Gemeinden, noch den Interessen des Beamtenstandes. Die Gemeinden haben in absehbarer Zeit fast keinen Bedarf, die Beamten werden künftig alle Klassen von Steuerzahlern darstellen; Zahlen mit hohen und Zahlen mit niedrigeren Steuerhöhen. Das Vorrecht kann nur durch ausreichende Geldentschädigung beseitigt werden und zwar im ganzen Umfange, auch für Lehrer, Geistliche und Offiziere.

Von einer Diskussion wurde mit Rücksicht auf die ausführlichen Darlegungen der Referenten Abstand genommen.

Nachdem dann Herr

Reichstagsabgeordneter Schmidt

für die ergangene Einladung gedankt und in längeren Ausführungen seine Zustimmung zu den vorgebrachten Wünschen erklärt hatte, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

Die heute zum außerordentlichen Bezirksrat versammelten 250 Mitglieder des Verbandes mittlerer Reichspost- und Telegraphenbeamten des Bezirks Halle erklären nach eingehender Erörterung der Besoldungsgelegenheiten für die Reichsbeamten:

- 1. daß die in der Besoldungsvorlage vorgesehenen Gehaltsätze für die mittleren Postbeamten insbesondere diejenigen der Affizientenklasse, sätter entfällt haben, da sie weit von den Erwartungen entfallen, die diese Beamten nach ihrer Vorbildung, ihrer Ausbildung und ihrer dienstlichen Tätigkeit hegen zu dürfen glauben,
2. daß die Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses nicht annähernd den Wünschen entspricht, die der 14. Verbandstag im Jahre 1904 unter eingehender Begründung ausgesprochen hat, und
3. daß die vorgeschlagene Aufhebung des Steuerprivilegs für die neu eintretenden Beamten eine erhebliche wirtschaftliche Schlechterstellung gegenüber den älteren bedeutet.

Es erhob demgegenüber, daß es der ausführenden Tätigkeit des Verbandsvorstandes gelingen wird, die Volkserrettung davon zu überzeugen:

- 1. daß die in den Jahren 1907 und 1908 bei der Beratung des Reichstags geäußerten Gehaltsätze, nämlich: 1800 bis 2600 Mk. für Affizienten und Volkserretter, 2200 bis 4200 Mk. für Reträire und 2600 bis 4500 Mk. für Oberretreäre und Postmeister unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklung und der eingetretenen Steigerung des Lebensunterhalts, sowie im Hinblick auf die gleich zu achtenden Beamtenklassen in Preußen das Mindeste darstellen, was den mittleren Postbeamten gewährt werden muß,
2. daß für eine den wirklichen Verhältnissen gerecht werdende Bemessung des Wohnungsgeldzuschusses die Berücksichtigung der Lebensmittelpreise und der Steuern neben einer Feststellung des angemessenen und nicht des tatsächlichen Wohnraumes unbedingt erforderlich ist und daß deshalb eine abermalige Revision der Klassen-einteilung der Orte unter Berücksichtigung der vorgezogenen Faktoren spätestens nach 5 Jahren erfolgen muß, und
3. daß eine etwaige Aufhebung des Steuerprivilegs nur bei gleichzeitiger Behandlung aller Beamten und unter angemessener Entschädigung unabhängig von einer Gehaltsaufbesserung stattfinden darf.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Punkte wurde der Bezirksrat gegen 8 Uhr mit einem Hoch auf den Verband geschlossen.

Bezirksverein der Post- und Telegraphen-Unterbeamten zu Halle.

In den Kaiserhöfen hielt gestern nachmittag der Bezirksverein der Post- und Telegraphen-Unterbeamten seine Generalversammlung unter außerordentlicher Beteiligung ab. Angeföhrt 1000 Personen aus allen Teilen des Bezirks waren anwesend. Nach dem Herr Dürrfeld als Vorsitzender die Eröffnungs- und den anschließenden Reichstagsabgeordneten Sommer begrüßt hatte, bildete Herr Sommer der Versammlung sein Wohlwollen und die Bereitwilligkeit seiner Partei zu tatkräftiger Hilfe aus.

Darauf ergriff Herr Engelhardt-Leipzig das Wort zu seinem Referat über das Thema:

Die Gehaltsordnung der Post-Unterbeamten.

Der Redner erklärte, daß er in der Absicht rede, der Versammlung die Wünsche der gesamten Post-Unterbeamtenheit und die Notlage dieses Standes vor Augen zu führen. Der Redner kam sofort auf die Besoldungsfrage zu sprechen und betonte, daß diese wiederum eine Entschädigung gewesen sei und hat einer Verbesserung eine Verbesserung in der Lage gebracht habe. Die Postunterbeamten hätten trotz der neuen Besoldungsvorlage nur der traurigen Tatsache, daß für die Zukunft kaum ein Vorfeld zu erhoffen sei. Vergleiche man die bisherigen Gehaltsätze mit denen der Vorlage, so sei ein Fortschritt kaum bemerkbar, zum Beispiel betrage bisher die zweite Gehaltsklasse jezt 1400 Mk., später 1500 Mk. d. h. eine ganze Mark pro Monat mehr. Was endlich das in Aussicht gestellte Endgehalt von 2000 Mark anbelange, so würde das auf den ersten Fall bestehend, würde aber durch illusorisch, daß das Endgehalt statt wie bisher nach 15, nun erst nach 18 Jahren eintrete. Erst an ihrem Lebensabend kommen die Beamten in den Besitz dieses Endgehaltes; für viele bleibt es überhaupt ein schöner Traum.

Es nun die Lage des Oberpostaffizienten schon keine günstige, so ist die der Schaffner und Briefträger geradezu eine tröstliche. Die Vorlage bringt nun für diese Klasse eine Verschlechterung trotz der auf dem Papier stehenden Verbesserung. Selbstgefragt wird dies durch die in Aussicht kommende Steuererhöhung. Es sei hier der Stand der Postunterbeamten unklar, welche Gründe vorgelegen hätten, diese Beamtenklasse so wenig zu berücksichtigen. Wollte nicht, fragte der Redner, ein Postunterbeamter ein Hund Fleisch genau so teuer bezahlen wie jemand, der 5000 oder 10000 Mark Einkommen hat? Den Abgeordneten wie sich hier ein schönes Arbeitsfeld; sie sollten sich im Reichstage energisch für die Aufbesserung des Standes einsetzen. Nicht anders lägen die Verhältnisse der Landwirtsträger, für die auch ein Gehalt von 1000-1500 Mk. anzustreben sei.

Eine noch viel größere Enttäuschung als in Bezug auf die Gehaltsforderung habe die Vorlage bezüglich des Wohnungsgeldzuschusses gebracht. Ebenso wie die oberen und mittleren Beamten in ihrem Wohnungsgeld ausgebessert worden seien, so müßte das gleiche auch für die Unterbeamten eintreten. Es ist wiederholt vorgeschlagen, daß Unterbeamten mit zahlreicher Familie nur durch Vermittelung der Oberpostdirektion überhaupt eine Wohnung erhalten könnten. Die Mieten steigen immer mehr, während die Gehälter keineswegs wirklich besser werden. Der Redner sagte, er fände keine Worte dafür, wie die Unterbeamten so abgebeizt werden könnten. (Lebhafte Beifall.) Mit einem Appell an den

